Nummer 108 — 23. Jahrgang
6mal wöchentl. Bezugspreis: für Mai 2 R.-M. ausschließl. Bestellgeld. Berechnung der Anzeigen nach Rent.-Mark Preise: Die eingespaltene Petitzeile 20 ₰, f. Familien- u. Vereinsanzeigen, Gesuche 15 ₰. Die Petit-Reklamezeile 89mm breit, 1 ℳ. Offertengebühr für Selbstabholer 15 ₰, bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Preis für die Einzelnummer 10 Renten-Pfennig. Geschäftlicher Teil: Josef Hofmann, Dresden

Sächsische Volkszeitung

Freitag, den 9. Mai 1924
Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung von Anzeigen-Aufträgen und Leistung von Schadenersatz. Für undeutlich und durch Fernsprecher übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte und mit Rückporto nicht versehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptschriftleiter: Dr. Josef Albert, Dresden

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung und Druck und Verlag: Saxonia-Buchdruckerei GmbH., Dresden-A. 16, Feldstraße 46, Fernruf 17722. Postscheckkonto Dresden 1257

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-A. 16, Feldstraße 46, Fernruf 17722 und 17723

Eine heikle Situation

Den Deutschnationalen wird ihr Mandatsieg nachgerade äußerst unbequem. Noch lange nicht ist ein Zuwachs an Mandaten auch zugleich ein politischer Sieg! Von einem wirklichen Wahlsieg hätten die Deutschnationalen erst dann sprechen können, wenn ihr im Wahlkampf propagierter Plan, die Parteien der sogenannten „Großen Koalition" derart zu schwächen, daß eine solche parlamentarische Arbeitsgemeinschaft nicht mehr möglich ist, gelungen wäre. Tatsächlich ist das nicht gelungen, denn die Parteien der Großen Koalition haben auch jetzt noch zahlenmäßig eine, wenn auch sehr bescheidene Mehrheit.

Aber die entscheidende Frage des Wahlkampfes war ja gar nicht die Große Koalition, waren überhaupt nicht innerpolitische Fragen, sondern die entscheidende Frage ist die Stellungnahme für oder gegen das Sachverständigengutachten. Von der Beantwortung dieser Frage hängt das innen- und außenpolitische Schicksal des deutschen Reiches für die nächsten Jahrzehnte ab.

Nun sind die Deutschnationalen in einer großen Zwickmühle. Bisher haben sie eine Oppositionsstellung sehr leicht einnehmen können, weil sich eben immer Parteien fanden, die bereit waren, die Verantwortung zu übernehmen. Nun aber müssen die Deutschnationalen selber zu dieser Verantwortung sich bequemen. Was aber nun? Der verstorbene Abgeordnete Helfferich bezeichnete das Sachverständigen-Gutachten als ein „zweites Versailles". Werden die Deutschnationalen die Unterschrift zu diesem zweiten Versailles geben? Der Abgeordnete Westarp sprach im Wahlkampf davon, freilich nur in der ersten Epoche, daß die Zustimmung zu diesem Gutachten bedeute, sich in ein neues Sklavenjoch zu begeben. Werden die Deutschnationalen dieses Joch dem Volke auferlegen wollen? Derselbe Graf Westarp hat freilich in den letzten Tagen des Wahlkampfes wesentlich mildere Töne angeschlagen und Worte gesprochen, aus denen man herauslesen konnte, daß die Deutschnationalen doch noch mit sich reden lassen. Und bestärkt wird man in dieser Auffassung nun durch die Aeußerungen der deutschnationalen Presse, insbesondere der „Kreuzzeitung", in der es heißt, daß es nicht in Rede stehe, das Gutachten ohne weiteres anzunehmen oder abzulehnen, sondern daß man über Einzelheiten noch verhandeln müsse. Man sieht also: Die Deutschnationalen bewegen sich bereits auf der Linie, der seit Jahr und Tag vielfach geschmähten Erfüllungspolitik.

Was aber dann, wenn die deutschnationalen Wähler sehen, was hinter dem Phrasennebel des Wahlkampfes in Wirklichkeit steht. Und wenn sie dann erkennen müssen, daß im Grunde dasselbe geblieben ist, als zuvor, nur mit einem neuen Mäntelchen umhüllt. Die deutschnationalen Wähler müssen das naturgemäß mit ihrer eigenen politischen Weisheit ausmachen. Sie werden sich aber keiner Täuschung darüber hingeben können, daß die Deutschnationale Partei nunmehr der klaren Stellungnahme nicht mehr ausweichen kann u. darf. Die Zeit, in der man sich, gestützt auf eine verantwortungslose Opposition jede Verneinung gestatten konnte, ist nunmehr für die Deutschnationale Partei vorbei. — Dieser Standpunkt hindert uns nicht daran, heute schon auszusprechen, daß wir uns freuen würden, wenn die Deutschnationalen den praktischen Bedürfnissen der Politik Rechnung tragen würden und wenn sie durch ihr positives Mitarbeiten die Ablehnung jeder gefährlichen Experimente nach innen und außen unter Zurückweisung aller Phrasendrescherei vornehmen würden. Wir würden dann tatsächlich zur inneren Konsolidierung viel erreicht haben, denn die Deutschnationalen, die bisher als Oppositionspartei sich vielerlei erlauben konnten, aber auch von allen möglichen radikalen Elementen für Vieles in Anspruch genommen wurden, werden den allerheftigsten Kampf von seiten der völkischen Konkurrenz zu bestehen haben, und sie werden bei praktischer Arbeit sehr rasch sehen, wie bitter es ist, auf dem Posten der Verantwortung zu stehen!

Was aber die Zusammensetzung des zukünftigen Reichstages anbelangt, so können wir Zustände erleben, die alles bisher Dagewesene weit in den Schatten stellen. Eine Opposition von 62 Kommunisten und 32 Völkischen mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln, mit Pultdecheln und Trillerpfeifen, mit dem Geschrei a la Höllein und dem fürchterlichen Katz aus dem Landtag, mit Scholem und Ruth Fischer wird tatsächlich die Arbeitsfähigkeit in jedem Augenblick verhindern können. Man wird hinsichtlich der Länge der Reden und Verhandlungen, vor allem aber auch hinsichtlich der leidenschaftlichen Austragungen der Gegensätze Dinge erleben, die gegenüber dem, was sich bisher im Reichstag zutrug, Kinderspiele waren. Dazu kommt aber auch, daß diese beiden Oppositionsparteien dank ihrer Stärke in jedem Augenblick Initiativanträge stellen und eigene Interpellationen einbringen können, also parlamentarische Machtmittel an die Hand bekommen, die ihnen die stärkste Einwirkung auf den Gang der Geschäfte gestatten.

Man mag die Dinge betrachten, wie man will, vielleicht trägt dieser Reichstag das Zeichen des Todes schon im Augenblick seiner Geburt an der Stirn! Sollte das wirklich der politische Wille der deutschen Wähler gewesen sein?

Ein Brief Macdonalds an Poincaré

Die Vorbereitung eines Memorandums an die französische Regierung

In „freundschaftlichem Geiste"

London, 8. Mai. Daily Telegraph veröffentlicht nachstehendes Telegramm:

Macdonald hat auf Grund der Unterredungen mit den belgischen Ministern in Chequers an Poincaré einen freundschaftlichen Brief gerichtet, in welchem er ihm mitteilt, er schätze sich glücklich, an Hand der Gespräche mit den Belgiern nunmehr über die Auffassung sämtlicher Parteien genau unterrichtet zu sein. Ein Memorandum, das den Standpunkt des englischen Premiers hinsichtlich des Reparationsproblems wiedergibt, wird zur Zeit in London vorbereitet und soll der französischen Regierung im gegebenen Augenblick mitgeteilt werden.

Paris, 8. Mai. Aus sicherer Quelle wird bestätigt, Macdonald habe einen neuen Brief an Poincaré abgehen lassen. Das „Echo de Paris" erklärt dazu, es habe noch nicht nachprüfen können, ob dieser Brief bereits am Quai d'Orsay eingetroffen sei. Das Blatt legt aber einer solchen englischen Initiative eine besondere Bedeutung bei. Es schreibt, die belgischen Minister hätten immer behauptet, sie wollten keine Vermittler sein. Sie könnten aber nicht leugnen, daß sie sich als solche versucht hätten und daß sie immer noch die Rolle der Quartiermacher einer eventuellen interalliierten Konferenz spielen. Das „Echo de Paris" ist deshalb der Ansicht, daß das Pariser Kabinett **aus seiner zurückhaltenden Stellung heraustreten müsse.** Sollen wir, so fragt das Blatt, das Ende des Mai und das Ende der Rundreise unserer belgischen Freunde abwarten, ehe wir uns in eine Verhandlung einlassen, die ohne unsere Teilnahme vielleicht eine sehr klare Stellungnahme geben kann? **Die Zeit ist gekommen, wo wir in London wie in Brüssel und Rom unseren Standpunkt darlegen müssen. Denn, wenn wir warten, werden wir unsere Position nicht verstärken.**

Paris, 8. Mai. Wie aus Brüssel gemeldet wird, hat der belgische König gestern früh General Degoutte empfangen und ihm das Großkreuz des Leopoldordens verliehen. Der General wohnte dann einem Essen bei, zu dem auch der König den Verteidigungsminister, sowie den Außenminister eingeladen hatte. Der belgische Oberkommandierende für das Ruhrgebiet, Rollin Jacquemyns, war gleichfalls zugegen.

London, 8. Mai. Der gutunterrichtete Berichterstatter der „Times" meldet, gestern nachmittag habe in der belgischen Hauptstadt ein Meinungsaustausch im Hinblick auf die Möglichkeit der Räumung des Ruhrgebietes stattgefunden. Wie verlautet, habe General Degoutte die Gefahr betont, die in einer völligen Aufgabe der Leitung der Ruhreisenbahnen läge, solange noch Truppen im Ruhrgebiet verblieben. Seiner Ansicht nach sollte eine Anzahl französischer Eisenbahnangestellten zurückbehalten werden, um den Dienst der notwendigen Linien sicherzustellen. General Degoutte sei der Ansicht, daß die französischen Truppen nicht einem eventuellen Handstreich von Eisenbahnarbeitern auf Gnade oder Ungnade überlassen werden könnten. Er habe einen Plan unterbreitet, der den Zweck verfolge, die Rückerstattung der Eisenbahnen an das Deutsche Reich mit der Zurückziehung der meisten Truppen in Einklang zu bringen, die im Ruhrgebiet zurückgelassen und im Verhältnis der deutschen Zahlungen zurückgezogen werden sollen.

Die entscheidende amerikanische Auffassung

London, 8. Mai. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, es verlautet, daß alle Meinungsverschiedenheiten in der Frage der „Sanktionen" unter den Alliierten im Zusammenhang mit dem Dawes-Plan wahrscheinlich die Haltung des vorgeblichen Geldmannes auf dem amerikanischen Geldmarkte erreicht werden würden. Tyler verlange, daß die Stellungnahme der amerikanischen und anderen Sachverständigen, die gegen eine vorzeitige Ausarbeitung von Sanktionen streng reglementiert werden müßten, damit eine derartige Maßnahme nicht den Erfolg der vorgeschlagenen Anleihe von 110 Millionen Pfund beeinträchtige. Es werde auch bestätigt, daß amerikanische Finanzkreise den größten Nachdruck auf die vollständige wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes in Uebereinstimmung mit dem Sachverständigenbericht als Vorbedingung für die Anleihe legen. Die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes werde vor dem nächsten Januar behandelt werden müssen. Bis dahin werde England sich zu entscheiden haben, ob der Kölner Brückenkopf von seiner gegenwärtigen britischen Garnison geräumt werden solle oder nicht. Im Zusammenhang mit dieser besonderen Frage verlautet, daß die genaue juristische Auslegung der Artikel 428 bis 430 des Versailler Vertrages in der letzten Zeit von gewissen britischen Sachverständigen erörtert worden sei. Einer von ihnen neigten Schlüssen zu, die sowohl von der Auslegung Poincarés als auch von der bisherigen britischen Auffassung abwichen.

Vermittelungsaktion im Bergbaukonflikt

Eine Abordnung der Bergarbeiter nach Berlin

Essen, 8. Mai. **Eine Abordnung der vier Bergarbeiterverbände hat sich nach Berlin begeben, um mit dem Reichsarbeitsminister über den Konflikt im Bergbau zu verhandeln. Die Abordnung wird versuchen, den Reichsarbeitsminister zu einer neuen Vermittlung zu bewegen. Die Verhandlungen in Berlin finden bereits heute früh statt.**

Nach einer gestrigen Meldung war der Reichsarbeitsminister in das Ruhrgebiet abgereist.

Gelsenkirchen, 8. Mai. Mit Ausnahme von ganz wenigen Zechen **liegt der gesamte Ruhrbergbau still.** Die Betriebsrätekonferenz hat bereits eine Kampfleitung von 15 Personen eingesetzt, die von Kommunisten, Syndikalisten und Unionisten maßgebend beeinflußt wird.

Essen, 8. Mai. Wie mitgeteilt wird, sind die Zechenbesitzer bereit, diejenigen Belegschaftsmitglieder, welche gewillt sind, die durch den verbindlich erklärten Schiedsspruch verlangte längere Arbeitszeit zu verfahren, wenn es der Betrieb nur irgendwie gestattet, wieder einzustellen. Auf einer Reihe von Zechen haben sich bereits Arbeitswillige in großer Zahl gemeldet, was im übrigen zeigt, daß die Meinung der Belegschaftsmitglieder nicht die der Organisation ist. Es ist darauf hingewiesen worden, daß nach der Verordnung für Erwerbslose den ausgesperrten Belegschaftsmitgliedern irgend ein Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung nicht zusteht. Durch die gesetzlichen Bestimmungen wird verhindert, daß öffentliche Mittel dazu angewandt werden. Die Zechenbesitzer haben die Bergarbeiter, welche den vom Reichsarbeitsministerium als verbindlich erklärten Schiedsspruch über die verlängerte Arbeitszeit nicht anerkennen, fristlos entlassen. Von der Belegschaft werden davon 80 Prozent betroffen.

Essen, 8. Mai. **Von Hamm bis Duisburg ruht der ganze Bergbau.** In den Kreisen der Zechenverwaltung nimmt man aber an, daß mit Zusammenbruch des Streiks in Kürze gerechnet werden könne, weil die Zechenverwaltungen nicht gesonnen ist, von ihrem Standpunkt abzugehen. Daß die Bergarbeiter ihrerseits unter Einfluß der Kommunistenführer auch mit anderen Mitteln als den der Gewerkschaften zu arbeiten gewillt sind, zeigt, daß eine Abordnung radikaler Bergarbeiter einzelner Zechen erklärt haben, **die Belegschaften würden selbst die Zechen besetzen um die Verwaltung, die Angestellten und die Arbeitswilligen vom Betriebe der Zechen abzuhalten.**

Düsseldorf, 8. Mai. Der ganze Ruhrbergbau, mit Ausnahme von wenigen Zechen ruht. Von den Belegschaften sind etwa 90 Prozent ausgesperrt; kleinere arbeitswillige Gruppen haben sich nicht halten können. Die Folgen des Streikes haben sich bereits auf anderen Gebieten des Wirtschaftslebens bemerkbar gemacht. Auf der Zeche Radbod ist die Gaszufuhr für die Stadt Münster unterbunden worden.

Amsterdam, 8. Mai. Die Arbeitszeitbewegung der deutschen Bergarbeiter wird vom internationalen Gewerkschaftsbüro mit größter Spannung verfolgt. Falls die Lohn- und Arbeitszeitbewegung der deutschen Arbeiterschaft sich zu einem allgemeinen Kampf für den Achtstundentag ausgestalten sollte, so konnten, wie von maßgebender Seite des internationalen Gewerkschaftsbüros versichert wird, die deutschen Arbeiter auf die weitestmögliche Unterstützung der Gewerkschaftsinternationale rechnen.

Essen, 8. Mai. Am 5. 5. abends hat der Reichsarbeitsminister folgendes Telegramm an den Zechenverband gerichtet:

Habe Bergarbeiterverbände gebeten, Mitglieder möglichst schnell über Schiedsspruch, Verbindlichkeitserklärung, Arbeitszeitschiedsspruch zu unterrichten und bitte dringend, auf Werksleitung einzuwirken, daß Kampfmaßnahmen unterbleiben, falls einzelne Belegschaften aus falscher Beurteilung der Lage noch Widerstand gegen Arbeitszeitschiedsspruch leisten sollten. Bergarbeiterverbände legen Wert auf vertrauliche Behandlung ihrer Zustimmung zu Verhandlungsergebnis vom 3. 5. vor Stellungnahme der Revierkonferenz.

gez. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.

Der Zechenverband hat darauf am 6. Mai morgens an den Reichsarbeitsminister folgendes Telegramm gesandt:

Fast alle Belegschaften sind trotz eingehender Unterrichtung über neue Bedingungen durch Zechenverwaltung Montag vorzeitig abgefahren und damit seit heute fristlos entlassen. Arbeiterorganisationen haben bezüglich Unterrichtung der Arbeitnehmer nicht nur völlig versagt, sondern nach unseren Feststellungen sogar Betriebsräte angewiesen, vorläufig Verbindlichkeit des Schiedsspruches nicht anzuerkennen und Durchführung verkürzter Schichten einstweilen durchzusehen. Rechtslage unserer Auffassung nach durch Verbindlichkeitserklärung völlig klargestellt unabhängig von etwaiger Stellungnahme der Parteien, demnach Verschärfung der Lage lediglich Schuld der bewußten Verschleppung durch Arbeiterverbände.

Die Streikbewegung in Oberschlesien

Gleiwitz, 8. Mai. Der Streik im deutsch-oberschlesischen Industriebezirk, der seit einigen Tagen im Gange ist, hat eine wesentliche Verschärfung erfahren. Die Betriebsräte der Metallarbeiter haben beschlossen, sich dem Streik der Bergarbeiter anzuschließen. Entsprechend diesem Beschluß traten darauf die Gleiwitzer Hütten vollständig in den Streik. In den Deichselwerken in Hindenburg streiken 70 Prozent der Arbeiter. Die Röntgerswerke streiken ebenfalls vollkommen. Auf den Steinkohlengruben wird fast vollständig weitergearbeitet. Die Kommunisten entfalten eine rege Tätigkeit, um den Streik auch auf die anderen Hütten auszudehnen. Wie die Telunion erfährt, beabsichtigen eventuell auch die Eisenbahner sich dem Streik anzuschließen.

Berlin, 8. Mai. **Nach den an zuständiger Stelle gestern abend vorliegenden Nachrichten ist die Streikbewegung im oberschlesischen Revier vollständig. Nur die Belegschaft einer Grube hat den Streik bisher abgelehnt.**